

**Daniel Flemes**

## **Militär und Sicherheitspolitik**

### **1. Einleitung**

Der Einfluss der brasilianischen Streitkräfte auf die Festlegung von Bedrohungsszenarien sowie die Entwicklung von Militärdoktrinen und schließlich sicherheitspolitischen Strategien ist bis heute evident. Dieser Einfluss speist sich aus institutionellen Prärogativen, die aus der historischen Rolle des Militärs als "Hüter von Gesetz und Ordnung" stammen. Die politischen Gewalten, insbesondere der brasilianische Kongress, zeigen sich bislang nicht fähig, die zivile Suprematie im Sicherheitssektor institutionell zu konsolidieren. Das Ergebnis sind eine relative Intransparenz im Verteidigungssektor und eine antiquierte Abschreckungsrhetorik, die mit hohen Autonomiegraden des Militärs bei der Akquirierung und Dislozierung von Kriegswaffen einhergehen.

### **2. Institutionen im Sicherheitssektor**

In Brasilien besteht bisher keine zivile Suprematie im Verteidigungssektor. Eine wichtige Ursache für die weitreichende Autonomie der Streitkräfte in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik liegt in der Vielzahl von militärischen und politischen Institutionen, die für das Politikfeld zuständig sind und deren Kompetenzen sich häufig überschneiden.

Den mit Abstand wichtigsten institutionellen Fortschritt innerhalb der zivil-militärischen Beziehungen markiert das 1999 gegründete zivil geleitete Verteidigungsministerium (Flemes 2004b: 95-102). Zuvor wurde 1996 das "Gesetz über die Verschwundenen" verabschiedet. Das Gesetz begünstigte die Auflösung der Militärministerien und die Installierung des zivil geleiteten Verteidigungsministeriums. Denn die moralische Verurteilung der Militärintstitutionen hatte die Akzeptanz der Brasilianer für die Schaffung politischer Kontrollinstanzen über das Militär gestärkt.

Die zivilen Verteidigungsminister erheben seitdem naturgemäß Anspruch auf die Definitionsmacht über die nationale Verteidigungspolitik. Zwar wird die politische Führung durch den Minister von den Generälen heute weitgehend akzeptiert, doch bleibt problematisch, dass die Schlüssel-

positionen im Verwaltungsapparat des Ministeriums – abgesehen von den persönlichen Beratungsstäben des Verteidigungsministers – paritätisch mit Repräsentanten von Heer, Luftwaffe, Marine, Generalstab und ziviler Seite besetzt sind. So wird beispielsweise das Sekretariat für Politik, Strategie und Internationale Angelegenheiten (SPEAI), das über eine eigene Unterabteilung für strategisches Nachrichtenwesen verfügt, militärisch geleitet. Das zwar zivil geführte, doch überwiegend von Militärangehörigen gelenkte Verteidigungsministerium müsste dringend weiter “zivilisiert” und im Gefüge der Sicherheitsinstitutionen gestärkt werden.

Reformbedürftig sind aber auch andere Regierungsorgane: Weder im Falle des mächtigen institutionellen Sicherheitskabinetts (GSI) und der Geheimdienstzentrale ABIN noch im Falle von CREDEN und CDN ist einzusehen, warum die Apparate von Generälen kontrolliert werden. Statt die teilweise in der Bundesverfassung festgeschriebenen Institutionen grundlegend zu reformieren und im Zuge dessen ihre Kompetenzen klar voneinander abzugrenzen, schuf die Da Silva-Administration im Juli 2008 mit dem Sekretariat für Strategische Angelegenheiten (SAE) eine weitere Institution. Mit dem entsprechenden Präsidialdekret wurde auch der Posten des außerordentlichen Staatsministers für strategische Angelegenheiten im Präsidialamt installiert. Der ehemalige Harvardprofessor Roberto Mangabeira Unger spielt seitdem eine zentrale Rolle im brasilianischen Sicherheitssektor, da er den Präsidenten in Strategiefragen unmittelbar berät. Insgesamt bleibt problematisch, dass die Exekutivorgane keiner effektiven legislativen Kontrolle unterworfen sind.

Die Verteidigungsausschüsse des brasilianischen Kongresses entfalten keine hinreichende Kontrollwirkung über die Militärinstitutionen des Landes (Castro Santos 2005). Trotz der suboptimalen institutionellen Ausgangslage – schwache Position der Legislative im brasilianischen Institutionsgefüge, keine Verankerung der Verteidigungsausschüsse in der Verfassung, keine Befugnis der Verteidigungsausschüsse, als Untersuchungsausschüsse zu fungieren, keine detailorientierte Informationspflicht der Exekutive über den Verteidigungshaushalt, inhaltliche Überdehnung der Außen- und Verteidigungsausschüsse angesichts der Zuständigkeit für zwei Ressorts (Flemes 2005) – sind die Ursachen für die mangelnde parlamentarische Kontrolle des Militärs nicht zuletzt der politisch-kulturellen und gesellschaftlichen Konstellation geschuldet.

**Brasiliens Sicherheits- und Verteidigungssystem**

<b>Presidência da República</b> .....	<b>Ministerio da Defesa</b> .....	<b>Conselho Militar de Defesa</b>
	Verteidigungsminister (Nelson Jobim)	Verteidigungsminister, Oberkommandierender von Heer, Luftwaffe und Marine sowie Chef des Generalstabs (EMD)
<b>1. SAE</b> (Secretaria de Assuntos Estratégicos)  Geleitet von einem Staatsminister (Roberto Mangabeira Unger)	<b>Forças Armadas Brasileiras</b> Heer (General Enzo Martins Peri) Luftwaffe (General Juniti Sairo) Marine (Admiral Julio Soares de Moura Neto) EMD (Admiral João Afonso Prado Maia de Faria)	
<b>2. GSI</b> (Gabinete de Segurança Institucional)  Geleitet von einem Heeresgeneral im Ministerrang (Jorge Armando Felix)	<b>3. CDN (Art. 91)</b> (Conselho de Defesa Nacional)  Minister des GSI (Generalsekretär), Vizepräsident, Minister für Justiz, Verteidigung, Äußeres und Haushaltsplanung, die Oberkommandierenden von Heer, Luftwaffe und Marine sowie die Präsidenten der Abgeordnetenkammer und des Senats	<b>4. CREDEN</b> (Câmara de Rel. Exter. e Def. Nacional)  Minister des GSI und der Casa Civil sowie Minister für Justiz, Verteidigung, Äußeres, Haushaltsplanung und Umwelt, (die Oberkommandierenden von Heer, Luftwaffe und Marine – beratend)
<b>2.1 ABIN</b> (Agência Brasileira de Inteligência)		
<b>2.2 SAEI</b> (Secretaria de Acompanhamento e Estudos Institucionais)	<b>5. Conselho da República (Art. 89)</b> Vizepräsident, Minister für Justiz, Präsidenten der Abgeordnetenkammer und des Senats, Mehrheits- und Minderheitsführer der Abgeordnetenkammer und des Senats sowie sechs weitere “Staatsbürger”	
<b>2.3 Subchefia Militar</b>		
<b>2.4 SENAD</b> (Secretaria Nacional Antidrogas)		

Quelle: Überarbeitete Fassung aus Flemes (2006a: 79).

Eine nachteilige Gemengelage aus historischen und politisch-kulturellen Faktoren schließt bis heute weiteste Teile der brasilianischen Gesellschaft von der sicherheitspolitischen Debatte aus. Die historischen Legate finden ihren Ursprung in der nicht lange zurückliegenden Phase des autoritären Militärregimes (1964-1985). Die Virulenz paternalistischer, etatistischer und antiliberaler Komponenten in den politischen Wertemustern der Brasilianer wird in Umfrageergebnissen deutlich, nach denen 2007 lediglich 43% der Befragten die Demokratie unterstützen. In Südamerika ist die Offenheit für

ein nicht-demokratisches Regierungssystem einzig in Paraguay ausgeprägter (Latinobarómetro 2007: 80). Dagegen sprechen 69% der Brasilianer den Militärintstitutionen ihr Vertrauen aus (IBOPE 2005). Das ist der lateinamerikanische Spitzenwert. Sehr niedrig ist mit 16% der Bevölkerungsanteil, der sein Vertrauen in die politischen Parteien setzt (Latinobarómetro 2007: 94).

Diese historischen und politisch-kulturellen Determinanten lassen den kritischen Umgang mit Autoritäten als nicht opportun erscheinen (Flemes 2006a: 30-37) und minimieren ihre gesellschaftliche Kontrolle. Aus dieser Perspektive handelt es sich bei der Verteidigungspolitik um ein der Exekutive vorbehaltenes Politikfeld und um eine fachliche Domäne der Streitkräfte, die von einer Kultur der Geheimhaltung durchdrungen ist. In der Folge wird etwa die Verpflichtung der Exekutive zur Selbstkontrolle des Verteidigungshaushalts vom brasilianischen Kongress wohlwollend akzeptiert.

Insgesamt werden verteidigungspolitische Themen in der brasilianischen Öffentlichkeit kaum diskutiert (Rizzo de Oliveira 2002). Hierbei bedingen sich das Desinteresse von Bürgern, Medien, Wissenschaft, Parteien und Parlamentariern gegenseitig. Auf dieser Grundlage können sich weder eine strategische Kultur noch eine wissenschaftliche *community* noch eine kritische Masse (etwa in der Volksvertretung) bilden, um die gesellschaftliche Partizipation an der Gestaltung nationaler Sicherheits- und Verteidigungspolitiken zu ermöglichen. Der Mangel ziviler Experten für Sicherheitsfragen, das vergleichsweise geringe Prestige der brasilianischen Außen- und Verteidigungsausschüsse sowie die Dominanz des Themas Öffentliche Sicherheit in der gesellschaftlichen Debatte tragen dazu bei, dass die überwiegende Mehrzahl der Abgeordneten in den beiden brasilianischen Verteidigungsausschüssen fachlich nicht kompetent ist. Erschwerend kommt hinzu, dass auch die Auswahl der Berater der Abgeordneten weniger fachlichen Gesichtspunkten, sondern überwiegend klientelistischen Kriterien geschuldet ist.

### **3. Die brasilianische Verteidigungspolitik**

Die brasilianische Verteidigungspolitik trägt bis heute die nationalistisch gefärbte Handschrift der Streitkräfte. Mit der Einordnung der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der militärischen Abschreckungsfähigkeit des Landes als erste strategische Priorität besteht ein deutlicher Widerspruch zur friedlichen Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten. Gleiches gilt für die Zielvorgabe, qua hochentwickelter Waffentechnologien militärische Macht zu projizieren. Vergleichend kann festgehalten werden, dass Heer und Marine bei der Verfechtung der Abschreckungsdoktrin jeweils ein aktiver Part

zukommt, während die brasilianische Luftwaffe in ihren Veröffentlichungen diesbezüglich Zurückhaltung übt (Flemes 2004a: 17-25).

Auch wenn bewaffnete Konflikte mit den Nachbarstaaten nicht mehr als realistische Option erwogen werden, bleibt die Dislozierung von Waffensystemen zur konventionellen Kriegsführung widersprüchlich. An der brasilianischen Südgrenze zu Argentinien, Paraguay und Uruguay sind nach wie vor die stärksten Panzer- und Infanterieverbände stationiert. Noch 1996, kurz nach der Veröffentlichung der *Política de Defesa Nacional* (PDN), hatte das brasilianische Heer 178 Kampfpanzer der Typen Leopard 1BE und M60A3 geordert. Diese Waffensysteme wurden für konventionelle Kriege entwickelt und standen somit im Widerspruch zu den sicherheitspolitischen Vorgaben der Exekutive, die in der PDN die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zur sicherheitspolitischen Priorität und die regionale Zusammenarbeit zu einem wichtigen Ziel erklärt hatte.

Bezeichnend für die hohen Autonomiegrade der Teilstreitkräfte (TSK) ist der Umstand, dass Heer, Luftwaffe und Marine bisher relativ unabhängig voneinander entscheiden, welche potentiellen Bedrohungen sie auf ihrem jeweiligen Terrain definieren. Daran anknüpfend verfügen die drei Teilstreitkräfte über geheim gehaltene Verteidigungsdoktrinen, an denen sie ihr Handeln orientieren. Der im Vergleich mit den TSK schwache allgemeine Generalstab (EMFA) ist nicht in der Lage, die Positionen der TSK zu bündeln und eine gemeinsame Position der Militärinstitutionen zu artikulieren.

Die Regierungen von Fernando Henrique Cardoso (1995-2002) und Lula da Silva haben sich seit dem Ende der 1990er Jahre bemüht, die strategischen Widersprüche durch einen zivil-militärischen Dialog einzuhegen. Erstes Ergebnis dieser Bemühungen war eine kosmetische Überarbeitung der PDN, die 2005 als *Política Nacional de Defesa* (PND) veröffentlicht wurde. Bis heute liegt, im Gegensatz zu den Nachbarstaaten Argentinien und Chile, kein brasilianisches Verteidigungsweißbuch vor (Flemes 2004a: 26-35). Stattdessen mündete der zivil-militärische Dialog 2008 in der Vorlage der *Estratégia Nacional de Defesa* (END), die offenkundig darauf zielt, den außenpolitischen Status als Regionalmacht und *global player* militärisch zu untermauern.

#### **4. Die nationale Verteidigungsstrategie**

Verteidigungsminister Nelson Jobim fungierte als Vorsitzender und der Minister für strategische Angelegenheiten im Präsidentialamt, Mangabeira Unger, als Koordinator der Kommission zur Entwicklung der END. Neben vier

zivilen Ministern waren die Oberkommandierenden von Heer, Luftwaffe und Marine in der 2007 per Präsidentialdekret eingerichteten Kommission vertreten. Mit dieser Initiative der Exekutive ist zunächst ein wichtiger Fortschritt verbunden, den der EMFA über Jahrzehnte nicht erreichte: Die Formulierung einer integrierten, mithin teilstreitkräfteübergreifenden, nationalen Verteidigungsstrategie. Zur Trennlinie zwischen zivilen und militärischen Kompetenzen heißt es, dass der zivilen Seite die Definition der Konflikthypothesen obliegt. Das Militär zeichnet hingegen für die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit des Eintretens der Bedrohungsszenarien verantwortlich (Jobim 2008: 2).

Inhaltlich ist die END von dem Versuch gekennzeichnet, sich auf nationale und internationale Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit einzustellen. Die unilaterale und interventionistische Außenpolitik der Bush-Administration wird als Bedrohung perzipiert, zumal sie sich mit dem Nahen und Mittleren Osten auf eine rohstoffreiche Region konzentriert. Neben dem ressourcenreichen Amazonasgebiet sorgen sich brasilianische Eliten in Wirtschaft, Politik und Militär um jüngst entdeckte Erdölvorkommen in den atlantischen Küstengewässern. Im regionalen Kontext stellen Rüstungskäufe aufstrebender Mittelmächte wie Venezuela und Chile die militärische Dominanz Brasiliens auf die Probe. Hinzu kommen illegale Aktivitäten transnationaler Akteure (Guerillaorganisationen, Drogen- und Waffenhändler), insbesondere an der kaum besiedelten Amazonasgrenze, sowie zwischenstaatliche Spannungen im Anden- und Amazonasraum (Fuentes 2008). Eine kolumbianische Militäroperation gegen die kolumbianische FARC-Guerilla auf ekuadorianischem Territorium im März 2008 spiegelt beispielhaft die Überlappung der unterschiedlichen Bedrohungsebenen wider. Politische Kommentatoren sehen in der Militäraktion, die Truppenmobilisierungen in Ecuador, Venezuela und Kolumbien nach sich zog, einen Import des präventiven Interventionskonzepts US-amerikanischer Prägung nach Südamerika (*O Estado de São Paulo*, 14.03.2008). Diese komplexen Entwicklungen vollziehen sich vor dem Hintergrund eines erheblichen Modernisierungsdefizits und externer Technologieabhängigkeit der brasilianischen Streitkräfte.

Die Autoren der END definieren drei zentrale Bedrohungsszenarien: Erstens das Einsickern von paramilitärischen Kräften über die Amazonasgrenze, möglicherweise unter Tolerierung oder Mithilfe angrenzender Staaten; zweitens eine militärische Intervention eines Nachbarstaates, möglicherweise unterstützt durch extraregionale Mächte; und drittens die Invasion des Amazonasgebiets bzw. des Südatlantiks durch eine militärisch hoch

überlegene Großmacht. Als Reaktion auf die komplexe Sicherheitslage wird in der END die Prämisse zu Grunde gelegt, dass zuvorderst die militärische Abschreckungsfähigkeit aufrechterhalten und ausgebaut werden muss. Um dieses Ziel zu erreichen, werden eine Redislozierung, eine Strukturreform sowie die Modernisierung und Aufrüstung des Militärapparats avisiert.

### **5. Strukturreform und Mobilisierung im Amazonasgebiet**

Die angestrebte Strukturreform der brasilianischen Streitkräfte strebt eine stärkere Vernetzung von Heer, Luftwaffe und Marine an. Eine erhöhte Interoperabilität zwischen den Teilstreitkräften soll durch die Angleichung ihrer Ausrüstungen erreicht werden. Die TSK operieren derzeit mit teilweise inkompatiblen Aufklärungs-, Kommunikations- und Kommandosystemen. Auch deshalb wurden kombinierte Manöver von Land-, See- und Luftstreitkräften bisher nur vereinzelt und in begrenztem Rahmen abgehalten.

Die avisierte Redislozierung umfasst im Wesentlichen die Verlegung von Einheiten von der Atlantikküste an die Amazonasgrenzen im Norden und Westen des Landes. Darüber hinaus zielt die Strukturreform auf mehr Mobilität, sodass in anderen Landesteilen stationierte Truppenverbände bei Bedarf kurzfristig nach Amazonien verlegt werden können. Das Oberkommando des Heeres und insbesondere der Befehlshaber des Amazonaskommandos, General Augusto Heleno Ribeiro Pereira, betreiben die Militarisierung des Amazonasgebiets mit großem Nachdruck und scheuen dabei nicht vor der Einmischung in politische Entscheidungen zurück.

Die Generäle sehen die territoriale Integrität des brasilianischen Amazonasgebiets nicht nur von paramilitärischen Gruppen, sondern auch von indigenen Völkern und Nichtregierungsorganisationen bedroht. Zuvorderst wird jedoch ein asymmetrischer Konflikt mit der kolumbianischen Guerillaorganisation FARC befürchtet, die mutmaßlich vom chavistischen Venezuela unterstützt wird. Deren Kämpfer könnten den innerkolumbianischen Konflikt im Zuge von unkontrollierten Migrationsbewegungen nach Brasilien tragen. Allein in den Monaten November 2007 bis Februar 2008 sollen sich etwa 2.000 Kolumbianer in brasilianischen Grenzstädten niedergelassen haben (*O Estado de São Paulo*, 17.03.2008). Im April 2008 kritisierte General Ribeiro Pereira die von der Bundesregierung in Brasília beschlossene Demarkation des Indianerreservats "Raposa Serra do Sol" im Bundesstaat Roraima an der Grenze zu Venezuela und Guyana. Die Demarkation des 1,7 Mio. Hektar großen Territoriums bezeichnete der General als "interne Bedrohung der Souveränität Brasiliens" und die Indigenenpolitik der brasi-

lianischen Bundesregierung im Ganzen als “bedauerlich, um nicht zu sagen chaotisch” (*O Estado de São Paulo*, 18.04.2008). Von den etwa 100 im Amazonasgebiet agierenden Nichtregierungsorganisationen unterstützen einige indigene Völker, andere werden vom Befehlshaber des Amazonaskommandos mit Biopiraterie in Verbindung gebracht und trügen deshalb zur Untergrabung der territorialen Integrität bei (*O Estado de São Paulo*, 24.04.2008).

Zwar ließ Präsident Lula da Silva den General vom Verteidigungsminister und vom Oberkommandierenden des Heeres einbestellen, um sich für seine Kritik an der Indigenenpolitik der Regierung zu erklären. Doch gab die Exekutive dem Drängen des Militärs mit einem Beschluss nach, demzufolge Nichtregierungsorganisationen künftig einer Autorisierung des Verteidigungsministeriums bedürfen, um sich im Amazonasgebiet zu engagieren. Darüber hinaus erließ die Bundesregierung im Juli 2008 ein Dekret zur Einrichtung von fünf Militärstützpunkten im Indianerreservat “Raposaserra do Sol”, womit die Anzahl der Heeresstützpunkte im Amazonasgebiet auf vorerst 34 ansteigt. Im Rahmen der Redislozierung sieht die Planung des Heeres bis 2010 Truppenverlegungen im Umfang von 27.000 Mann in die Amazonasregion vor. Die Einheiten sollen vorrangig an den Grenzen zu Venezuela, Surinam, Kolumbien, Peru und Bolivien stationiert werden (*O Estado de São Paulo*, 17.03.2008). Zu diesem Zweck ist die Errichtung von 23 weiteren Grenzposten entlang der Amazonasgrenze vorgesehen. Bisher variieren die Abstände zwischen den Grenzbataillonen zwischen 150 und 300 Kilometern.

Die in demokratischen Systemen ungewöhnliche Rolle des Militärs in der Innenpolitik ist in Brasilien verfassungsrechtlich verbrieft. Die zentrale konstitutionelle Enklave bildet der Artikel 142 (*Garantia da Lei e da Ordem*), der den Streitkräften eine Wächterfunktion über die Staatsgewalten sowie über Gesetz und innere Ordnung zuweist. In dem Verfassungsartikel sieht Zaverucha (1997: 152) ein “Damoklesschwert, das über den Köpfen der politischen Führung des Landes schwebt und jederzeit eine Staatskrise auslösen” könne. Ein den Verfassungsartikel ergänzendes Gesetz (*Lei Complementar No. 69*) bestimmt zwar, dass die Streitkräfte lediglich im Innern eingesetzt werden dürfen, wenn sich die Polizeikräfte als unfähig erweisen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Doch reflektiert der alltägliche Einsatz des Militärs bei so vielfältigen Aufgaben wie der Kriminalitätsbekämpfung und Absicherung von Wahlen in brasilianischen Großstädten über den Einsatz bei öffentlichen Bauarbeiten bis hin zur nachrichtendienstlichen Aufklärung von sozialen Akteuren wie der Landlosenbewegung (MST) und indigenen

Völkern eine Überdehnung des gesetzlichen Rahmens. Statt die innenpolitische Rolle der Streitkräfte zurückzudrängen, beschränkten sich die Autoren der END nicht darauf, an dem Verfassungsauftrag festzuhalten. Mit der Präzisierung der innenpolitischen Aufgabenfelder des Militärs und der Zuweisung von Mitteln zur Kriminalitätsbekämpfung an die Streitkräfte in der END droht das *Lei Complementar No. 69* zur bloßen Makulatur zu werden.

Die END umfasst schließlich auch eine Wehrdienstreform mit dem Ziel, die Wehrpflicht faktisch auszuweiten. Zwar besteht in Brasilien bereits heute *de jure* Wehrpflicht, doch werden durchschnittlich lediglich etwa 5% eines Jahrgangs eingezogen. Der Wehrpflichtigenanteil an der mit 368.000 Mann bereits heute personalstärksten Truppe Lateinamerikas beträgt ebenfalls etwa 5%. Damit handelt es sich faktisch um eine Freiwilligenarmee. Gegen eine personelle Aufstockung der Streitkräfte spricht der in weiten Teilen ungenügende Ausrüstungsstand, der zunächst die Professionalisierung und Konsolidierung des bestehenden Kontingents nahelegt. Stattdessen sieht die END neben der Ausweitung des Wehrdienstes die Einrichtung eines Zivildienstes (auch für Frauen) vor, mit dessen Personal die Streitkräfte im Kriegsfall aufgestockt werden könnten.

## 6. Modernisierung und Aufrüstung im Südatlantik

Für die technische Modernisierung und Aufrüstung der Streitkräfte sollen laut END jährlich 2,5% des BIP bereitgestellt werden. Bisher liegt der investive Anteil des Militärhaushalts am BIP bei 1,5%. Mit den geplanten Investitionen sollen gleichzeitig die Mobilität des Militärs sowie dessen flächendeckende Präsenz und Aufklärungsfähigkeiten ausgeweitet werden. Ein zentrales Bestreben der neuen Rüstungsplanung liegt im Ausbau der heimischen Rüstungsindustrie zur Reduzierung der Abhängigkeit von Kriegswaffenimporten, mithin von ausländischer Technologie. So soll der Militärhubschrauber EC-725 künftig von der "Helibras", einer Zweigniederlassung der europäischen "Eurocopter", in Itajubá im Bundesstaat Minas Gerais gebaut werden. Der notwendige Technologietransfer ist im Rahmen eines bilateralen Vertrages mit Frankreich geregelt. Auch bei der Ausschreibung eines Großauftrags der Luftwaffe, der auf die Akquirierung von 150 Kampfflugzeugen bis 2025 zielt, gilt das französische Modell "Dassault Rafale" als Favorit. Im Gegensatz zu den US-amerikanischen und schwedischen Konkurrenten ist die französische Regierung zu einem Technologietransfer bereit. Im Dezember 2008 vereinbarten der französische Präsident Nicolas Sarkozy und sein Amtskollege Da Silva eine strategische Partnerschaft

im Verteidigungssektor (Fledes 2008: 5-6). Bereits 2005 hatte Brasilien 12 Transportflugzeuge (Typ C-295) beim europäischen Rüstungskonzern EADS geordert. Weitere 50 Transportflugzeuge vom Typ C-212 sollen folgen. Dafür ist der Aufbau einer entsprechenden Endmontagelinie in Brasilien vorgesehen (EADS 2006).

Der Großteil der Rüstungsinvestitionen soll jedoch auf die Seestreitkräfte entfallen, um die Sicherung der brasilianischen Küstengewässer zu gewährleisten. Nachdem die Modernisierungsbestrebungen der brasilianischen Seestreitkräfte lange Jahre ungehört blieben, haben sie mit der Entdeckung von immensen Erdölvorkommen in der exklusiven Wirtschaftszone vor der Atlantikküste neue Substanz erhalten. Im November 2007 gab die Regierung die Entdeckung des Ölfeldes "Tupi", 250 km vor der Küste des Bundesstaates São Paulo gelegen, bekannt. Es gehört zu 65% dem staatlichen Erdölkonzern "Petrobras" und birgt Vorkommen von 5 bis 8 Mrd. Fass Öl sowie Erdgas. Allein diese Menge würde Brasiliens Ölreserven um die Hälfte erhöhen und die Aufnahme in die OPEC (Organisation erdölexportierender Länder) ermöglichen. Im April 2008 folgte die Entdeckung des "Carioca"-Feldes in etwa 5.000 m Tiefe vor der Küste des Bundesstaates Rio de Janeiro. Die Reserven dieses Feldes, an dem die "Petrobras" mit 45% beteiligt ist, werden auf etwa 33 Mrd. Fass geschätzt. Damit würde es sich um das drittgrößte Ölfeld weltweit handeln.

Nach unbestätigten Meldungen werden sich Erdölkonzerne, insbesondere die "Petrobras" mit einem Volumen von etwa 2 Mrd. Euro, an den Investitionen in die Aufrüstung der Kriegsmarine beteiligen (*O Estado de São Paulo*, 22.09.2008). Die Anzahl der derzeit 27 Patrouillenboote soll verdoppelt werden, bis 2018 sollen fünf U-Boote aus Frankreich akquiriert werden, von denen eines nuklearbetrieben sein soll. Das bereits vor 30 Jahren angelaufene Prestigeprojekt zur Entwicklung eines eigenen Atom-U-Bootes im Marineforschungszentrum "Aramar" wird nach Maßgabe des Marinekommandos noch wenigstens zehn Jahre in Anspruch nehmen. In dem Marineforschungszentrum wurde auch jene Ultrazentrifuge entwickelt, die Brasilien seit 2006 als neuntes Land der Erde den vollständigen Brennstoffkreislauf beherrschen lässt (Fledes 2006b).

Nach den Vorgaben der END zielen die Rüstungspläne nicht nur auf die Sicherung der natürlichen Ressourcen in brasilianischen Küstengewässern, sondern ausdrücklich auch auf internationale Machtprojektion durch die Kriegsmarine. In diesem Zusammenhang verfügt Brasilien mit der "A12 São Paulo" als einziges lateinamerikanisches Land über einen Flugzeugträger,

das strategische Waffensystem *par excellence* zur Machtprojektion auf See. Die "São Paulo" lag allerdings nach einem Brand 2005 bis 2008 zwecks Reparatur- und Modernisierungsarbeiten im Trockendock.

Die zeitlich enge Abfolge der Entwicklungen im Frühjahr 2008 macht deutlich, gegen wen sich die brasilianische Abschreckungspolitik richtet. Kurz nach der Entdeckung des zweiten Erdölfeldes im Südatlantik gab die US-Regierung die Reaktivierung ihrer vierten Marineflotte bekannt. Die vor 58 Jahren außer Dienst gestellte Flotte wird künftig im Rahmen des *U.S. Southern Command* in den Gewässern um Lateinamerika operieren (US-Navy, 24.04.2008). Als Reaktion führte die brasilianische Kriegsmarine im September 2008 gemeinsam mit Einheiten der Luftwaffe und des Heeres das Seemanöver "Operação Atlântico" durch. An dem zwei Wochen andauernden Manöver waren 20 Kriegsschiffe, 40 Militärflugzeuge und mehr als 10.000 Soldaten beteiligt (*O Estado de São Paulo*, 22.09.2008). Simuliert wurde ein Krieg zwischen zwei Staaten um die Kontrolle der Erdölfelder vor der brasilianischen Küste.

## **7. Ausblick: Regionalkooperation unter Vorzeichen militärischer Dominanz?**

Brasiliens neue nationale Verteidigungsstrategie zielt zweifelsohne auf die Ausweitung der militärischen Dominanz und damit auf die Konsolidierung der Regionalmachtstellung in Südamerika. Die zentralen Pfeiler der Strategie – Aufrüstung, Abschreckungspolitik und Machtprojektion – spiegeln den ungebrochenen Einfluss der Streitkräfte wider. Obwohl die kooperationsbremsende Wirkung der Abschreckungsrhetorik in Südamerika durch die Fokussierung auf das Feindbild USA relativiert wird, nehmen regionale Konflikthypothesen gegenwärtig wieder mehr Raum ein als noch zur Jahrtausendwende.

Brasilien hatte sich seit den neunziger Jahren als Vorreiter der regionalen Sicherheitszusammenarbeit erwiesen und militärische Konflikte mit den Nachbarstaaten nicht mehr in Erwägung gezogen. Die brasilianisch geführte Haiti-Mission der Vereinten Nationen (MINUSTAH) galt dabei als Keimzelle einer regionalen Verteidigungspolitik, die bereits damals den Aufbau einer regionalen Rüstungsindustrie einschließen sollte.

Zwar ist der Modernisierungsbedarf des Militärs unbestreitbar und die Integration der TSK durch mehr Interoperabilität längst überfällig, doch setzt Brasilien mit den unilateralen Rüstungsplänen seine – auch durch zahlreiche Vermittlungsbemühungen gewonnene – Akzeptanz als kooperative Ord-

nungsmacht aufs Spiel. Weil die realisierten und geplanten Rüstungsakquisitionen an der militärischen Überlegenheit der USA wenig ändern, bleiben als Adressaten der militärischen Machtprojektion faktisch nur die Staaten des Subkontinents übrig. Die Beschleunigung der südamerikanischen Rüstungspirale wird mit dem brasilianischen Kurswechsel wahrscheinlicher.

Der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten wird in der 65-seitigen END ein einziger Absatz gewidmet, der die Gründung des Südamerikanischen Verteidigungsrates vorsieht. Dieser soll als Konsultativorgan konfliktvorbeugend wirken, die militärische Kooperation und die Integration der nationalen Rüstungssektoren Südamerikas fördern. Der von Brasilien nachhaltig betriebene regionale Verteidigungsrat wurde während des UNASUR-Gipfels in Sauípe im Dezember 2008 beschlossen. Angesichts der Tatsache, dass bisher keine konkreten Vorschläge zur multilateralen Zusammenarbeit im Rüstungs- und Verteidigungssektor vorliegen, muss die Errichtung des Verteidigungsrats vorerst als weiterer Schachzug Brasílias zur Ausgrenzung der USA und Konsolidierung der eigenen Vormachtrolle erscheinen.

### Literaturverzeichnis

- Castro Santos, Helena Maria (2005): "Controles parlamentares e os militares no Brasil: audiências públicas e requerimentos de informação, 1995-2004". In: Llanos, Mariana/Mustapic, Ana Maria (Hrsg.): *Controle Parlamentar na Alemanha, na Argentina e no Brasil*. Rio de Janeiro: Konrad Adenauer Stiftung, S. 113-139.
- EADS (2006): "Militärische Transportflugzeuge". Erhältlich unter: <<http://www.reports.eads.com/2006/de/book1/5/4.html>> (22.10.2008).
- Flemes, Daniel (2004a): "Südamerikas sicherheitspolitische Transparenz auf dem Prüfstand (II). Brasiliens Verteidigungsdoktrin – Regionalmacht ohne Militärweißbuch". (*IHK Arbeitspapier* Nr. 15). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde.
- (2004b): "Streitkräfte und politischer Wandel in Brasilien: Die Entwicklung der militärischen Vorrechte unter F. H. Cardoso". In: *Lateinamerika Analysen*, 8, S. 75-106.
- (2005): "Considerações acerca do controle parlamentar das Forças Armadas na Alemanha e no Brasil". In: Llanos, Mariana/Mustapic, Ana Maria (Hrsg.): *Controle Parlamentar na Alemanha, na Argentina e no Brasil*. Rio de Janeiro: Konrad Adenauer Stiftung, S. 141-170.
- (2006a): *Brazil's Cooperative Leadership in Southern Latin America's Security Policies*. Berlin: dissertation.de – Verlag im Internet.
- (2006b): "Brazil's Nuclear Policy. From Technological Dependence to Civil Nuclear Power". (*GIGA Working Paper*, 23). Hamburg: German Institute of Global and Area Studies.

- (2008): *Brasiliens neue Verteidigungspolitik: Vormachtsicherung durch Aufrüstung*. Hamburg: German Institute of Global and Area Studies (GIGA Focus Lateinamerika 12).
- Fuentes, Claudio (2008): “Fronteras calientes”. In: *Foreign Affairs Latinoamérica*, 8, 3, S. 12-21.
- IBOPE (*Instituto Brasileiro de Opinião Pública e Estatística*) (2005): “As imagens dos vizinhos na opinião pública do Mercosul”. In: <[www.ibope.com.br](http://www.ibope.com.br)> (15.12.2008).
- Jobim, Nelson (2008): “A Defesa na Agenda Nacional”. In: *Interesse Nacional*, 1, 2, S. 9-16.
- Latinobarómetro (2007): “Informe Latinobarómetro 2007”. Erhältlich unter <<http://www.latinobarometro.org/>> (22.10.2008).
- Rizzo de Oliveira, Eliézer (2002): “O Legislativo e a Defesa Nacional”. In: *Correio Brasileiro*, 2. Mai, S. 1.
- United States Navy (2008): “U.S. 4th Fleet Officially Re-established”. In: <[http://www.navy.mil/search/display.asp?story\\_id=38366](http://www.navy.mil/search/display.asp?story_id=38366)> (12.12.2008).
- Zaverucha, Jorge (1997): “The 1988 Brazilian Constitution and its Authoritarian Legacy: Formalizing Democracy while Gutting its Essence”. Paper prepared for the Meeting of the Latin American Studies Association, Guadalajara, 17.-19. April 1997. Erhältlich unter <<http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/lasa97/zaverucha.pdf>> (22.10.2008).